Gesellschaftsvertrag

der

Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG)

in der Fassung vom **xx.xx.xxx**

§ 1

Firma und Sitz der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft führt die Firma

Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH

2. Sitz der Gesellschaft ist Mainz.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr und alle dazugehörigen verkehrsbezogenen Aufgaben und Dienstleistungen.
2. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen erwerben, errichten oder pachten.

§ 3

Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

1. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.
2. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4

Stammkapital, Stammeinlagen

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt **18.000.000,00 Euro** (in Worten: achtzehn Millionen Euro).

2. Das Stammkapital der Gesellschaft besteht aus zwei Geschäftsanteilen. Der Geschäftsanteil Nr. 1 im Nennbetrag von 17.500.000,00 Euro wird von der Mainzer Stadtwerke AG gehalten. Der Geschäftsanteil Nr. 2 im Nennbetrag von 500.000,00 Euro wird von der Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH gehalten.

§ 5 Gesellschaftsorgane

Die Organe der Gesellschaft sind

1. die Geschäftsführer,
2. der Aufsichtsrat,
3. die Gesellschafterversammlung.

§ 6 Geschäftsführung und Vertretung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Diese werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, wird die Gesellschaft durch ihn allein vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.
2. Die Gesellschafterversammlung kann Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen und sie ermächtigen, mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte mit der Gesellschaft vorzunehmen.
3. Die Geschäftsführer führen die Geschäfte nach Maßgabe einer vom Aufsichtsrat beschlossenen Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

§ 7 Zustimmungspflichtige Geschäfte der Geschäftsführer

Die Geschäftsführer bedürfen außer in den im Gesetz, an anderen Stellen dieses Gesellschaftsvertrages und in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung vorgesehenen Fällen der internen Zustimmung des Aufsichtsrates zu

- 1.1. der Erteilung und dem Widerruf von Prokuren und Handlungsvollmachten,
- 1.2. dem Abschluss von Dienstverträgen der Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten.
2. Zu folgenden Geschäften bedürfen die Geschäftsführer der internen Zustimmung der Gesellschafterversammlung:
 - 2.1. dem Wirtschaftsplan und der fünfjährigen Finanzplanung,

- 2.2. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegender Betrag überschritten wird,
 - 2.3. Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - 2.4. Aufnahme von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegender Betrag überschritten wird,
 - 2.5. Erwerb oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegender Betrag überschritten wird,
 - 2.6. Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat oder in das entsprechende Organ eines Beteiligungsunternehmens,
 - 2.7. Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291, 292 AktG,
 - 2.8. der Festsetzung und Änderung der Allgemeinen Tarifpreise und der Besonderen Beförderungsbedingungen,
 - 2.9. Entscheidungen über Änderungen des Nahverkehrsangebotes von besonderer Bedeutung, insbesondere,
 - a) das Einrichten oder Einstellen (ganz oder teilweise) von Linien,
 - b) allgemeine Änderung von Taktzeiten,
 - c) allgemeine Änderung von Betriebsbeginn/-ende.
3. In den in Absatz 2 genannten Fällen bedürfen die Geschäftsführer der internen Zustimmung der Gesellschafterversammlung auch dann, wenn das Geschäft bei einem Unternehmen vorgenommen werden soll, an dem die Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar mit 50 % oder mehr beteiligt ist oder über mindestens die Hälfte der Stimmen in der Gesellschafterversammlung verfügt, und die Vornahme des Geschäftes auf Weisung der Geschäftsführer an die Geschäftsführung des Unternehmens oder mit Zustimmung der Geschäftsführer in der Gesellschafterversammlung des Unternehmens erfolgen soll.

Gleiches gilt auch bei Entscheidungen der Geschäftsführer in den vorstehend genannten Unternehmen über

- 3.1. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
- 3.2. die Übernahme neuer oder die Aufgabe bisheriger Geschäftszweige,
- 3.3. die Änderung des Gesellschaftsvertrages, einschließlich Kapitalbeschaffung und Kapitalherabsetzung,
- 3.4. die Bestellung von Geschäftsführern,
- 3.5. den Abschluss von Kooperationsverträgen.

§ 8 Aufsichtsrat

1. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 15 Mitgliedern besteht. 1/3 der Mitglieder des Aufsichtsrates sind nach den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes zu wählen. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder werden durch die Gesellschafterversammlung gewählt.
2. Die Vertreter des Gesellschafters werden von der Gesellschafterversammlung jeweils für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Die Amtszeit endet spätestens mit Ablauf der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrates für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet.
3. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann sein Amt durch eine an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates oder an die Geschäftsführung zu richtende schriftliche Erklärung unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen niederlegen.
4. Gehört ein Aufsichtsratsmitglied bei seiner Wahl durch die Gesellschafterversammlung dem Stadtrat bzw. der Verwaltung der Stadt Mainz oder dem Vorstand eines Gesellschafters an, so endet das Aufsichtsratsmandat mit dem Ausscheiden aus dem Stadtrat, der Verwaltung oder dem Vorstand.
5. Scheidet ein von der Gesellschafterversammlung gewähltes Mitglied vor Ablauf seiner Amtsdauer aus dem Aufsichtsrat aus, ist für dieses in der nächsten Gesellschafterversammlung eine Neuwahl vorzunehmen. Die Amtsdauer des neu gewählten Mitglieds gilt für den Rest der Amtsdauer des Ausgeschiedenen. Das gleiche gilt, wenn ein Gewählter die Annahme des ihm angetragenen Mandates ablehnt.
6. Der Aufsichtsrat ist zuständig für die Vorberatung und entsprechende Empfehlung an die Gesellschafterversammlung hinsichtlich der Geschäfte gem. § 7 Ziffer 2.8. und 2.9..

§ 9 Vorsitzender des Aufsichtsrates und Stellvertreter

1. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter für die in § 8 Abs. 2 festgelegte Amtsdauer. Der Stellvertreter ist zur Vertretung des Vorsitzenden bei dessen Verhinderung berufen. Scheidet der Vorsitzende oder der Stellvertreter vor Ablauf der Amtszeit aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Neuwahl für die restliche Amtszeit vorzunehmen.
2. Willenserklärungen werden vom Vorsitzenden oder – im Falle seiner Verhinderung – von dem Stellvertreter unter der Bezeichnung "Aufsichtsrat der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH" abgegeben.

§ 10 Sitzungen des Aufsichtsrates

1. Der Vorsitzende oder – im Falle seiner Verhinderung – der Stellvertreter berufen den Aufsichtsrat ein, sooft es die Geschäfte erfordern.
2. Der Aufsichtsrat ist schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen einzuberufen. In dringenden Fällen kann eine andere gesetzlich zulässige Form

der Einberufung – mündlich, fernmündlich, fernschriftlich oder telegrafisch – und eine kürzere Frist gewählt werden.

3. Die Geschäftsführer nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, sofern der Aufsichtsrat nicht im Einzelfall etwas anderes bestimmt.
4. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind und mindestens 8 Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder der Stellvertreter, anwesend sind. Ist der Aufsichtsrat in einer ordnungsgemäß berufenen Sitzung nicht beschlussfähig, so kann innerhalb von zwei Wochen eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Bei dieser Einberufung ist darauf hinzuweisen, dass der Aufsichtsrat in der neuen Sitzung beschlussfähig ist, wenn mindestens 4 Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder der Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen.
5. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder diesem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt. Bei Stimmengleichheit – auch bei Wahlen – gibt die Stimme des Vorsitzenden der Sitzung den Ausschlag. Die Art der Abstimmung bestimmt der Vorsitzende der Sitzung.
6. In eiligen Angelegenheiten können nach dem Ermessen des Vorsitzenden oder – im Falle seiner Verhinderung – des Stellvertreters Beschlüsse auch durch Einholung schriftlicher Erklärungen gefasst werden, wenn kein Mitglied diesem Verfahren widerspricht.
7. An den Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse können auf Beschluss des Aufsichtsrates dem Aufsichtsrat nicht angehörende Personen zur Beratung hinzugezogen werden.
8. Über die Sitzung des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden der Sitzung zu unterzeichnen und zu den Akten der Gesellschaft zu nehmen ist.

§ 11

Geschäftsordnung und Ausschüsse

Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Er kann aus seiner Mitte Ausschüsse bestellen und ihre Aufgaben und Befugnisse in der Geschäftsordnung festlegen.

§ 12

Aufsichtsratsvergütung

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten neben einem Sitzungsgeld eine jährliche Vergütung und eine jährliche Aufwandsentschädigung (ggf. zeitanteilig). Die Höhe der Vergütung und der Aufwandsentschädigung des Vorsitzenden, des Stellvertreters und der übrigen Mitglieder sowie die Höhe des Sitzungsgeldes werden durch die Gesellschafterversammlung bestimmt.

§ 13

Gesellschafterversammlung und Gesellschafterbeschlüsse

1. Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführer oder durch den Aufsichtsrat mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen einberufen.

2. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder – bei seiner Verhinderung – der Stellvertreter. Der Vorsitzende der Versammlung leitet die Verhandlungen und bestimmt die Reihenfolge der Gegenstände der Tagesordnung sowie die Form der Abstimmung.
3. Die Gesellschafterversammlung beschließt in den im Gesetz und in diesem Gesellschaftsvertrag bestimmten Fällen insbesondere über
 - 3.1. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
 - 3.2. die Übernahme neuer oder die Aufgabe bisheriger Geschäftszweige,
 - 3.3. die Änderung des Gesellschaftsvertrages, einschließlich Kapitalbeschaffung und Kapitalherabsetzung.
4. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmen, mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Je 50 Euro des Nennbetrages der Geschäftsanteile gewähren eine Stimme.
5. Über die von der Gesellschafterversammlung gefassten Beschlüsse ist, soweit sie nicht der notariellen Beurkundung bedürfen, eine Niederschrift aufzunehmen, die von dem Vorsitzenden der Versammlung zu unterschreiben und dem Gesellschafter zu übermitteln ist.

§ 14

Wirtschaftsplan, fünfjährige Finanzplanung

1. Die Geschäftsführer stellen so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan auf, dass die Gesellschafterversammlung vor Beginn des Geschäftsjahres ihre Zustimmung erteilen kann.
2. Der Wirtschaftsplan umfasst den Erfolgsplan und den Finanzplan.
3. Darüber hinaus erstellen die Geschäftsführer eine fünfjährige Finanzplanung und legen diese der Wirtschaftsführung zugrunde.
4. Der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung werden der Stadt Mainz zeitnahe vorgelegt.

§ 15

Jahresabschluss und Lagebericht

1. Die Geschäftsführer haben in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres den Jahresabschluss und den Lagebericht für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen und unverzüglich nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches prüfen zu lassen. Der Auftrag an den Abschlussprüfer ist auf die in § 53 Abs. 1 Ziffer 1 bis 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes genannten Maßnahmen zu erstrecken.
2. Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist zusammen mit dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie der beschlossenen Verwendung des Jahresüberschusses oder der Behandlung des Jahresfehlbetrags unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt zu machen. Gleichzeitig mit der öffentlichen Bekanntmachung sind der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Werktagen bei der Stadtverwaltung Mainz während der

allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich auszulegen. In der öffentlichen Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen.

3. Der Stadt Mainz, der Aufsichtsbehörde und der für sie zuständigen Behörde werden die Befugnisse gemäß § 54 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt. Dem Landesrechnungshof wird das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung nach Maßgabe des § 110 Abs. 5 der Gemeindeordnung eingeräumt.

§ 16

Bekanntmachungen der Gesellschaft

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger.

§ 17

Teilunwirksamkeit

Sollte eine Bestimmung dieses Gesellschaftsvertrages zwingenden gesetzlichen Vorschriften widersprechen oder lückenhaft sein, wird die Wirksamkeit des Gesellschaftsvertrages im Übrigen hierdurch nicht berührt. Der Gesellschaftsvertrag ist in diesem Fall so zu ergänzen, dass der beabsichtigte wirtschaftliche Zweck erreicht wird.